

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Verh. Witten. Kurs
für die Provinz und Jugendzeitung enthält Fringsen monatlich 40 St.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 12.75, unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 15.—. Entschieden tagl. mit Ausnahme des Sonn- und Feiertags.

Redaktion: Hauptstraße 21, A. Leipzig 3465.
Erscheinenszeit: am Montag von 12 bis 1 Uhr.
Verbreitung: Hauptstraße 21, Leipzig 1769.
Gründungszeit: von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Interate werden bei 6spaltigen Zeilen mit 25 St. berechnet, bei dreimaliger
Erweiterung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 20 St. Interate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 21.

Dresden, Mittwoch den 27. Januar 1909.

20. Jahrg.

Gewerbeordnungs-Novelle und Arbeiterversicherung

sind außerordentlich wichtige Fragen des Arbeiterlebens!

Kein Arbeiter fehle deshalb in den Versammlungen, in denen am Freitag und Sonnabend über diese Fragen gesprochen wird!

Landtagsende.

Am Montag nachmittag hat der Landtag seine Beratungen beendet und gehen nach der üblichen feierlichen Schlussfeier. Doch handelt es sich diesmal um mehr als einen der üblichen Sessionsabschlüsse, wir stehen vor dem Ende des Dreiklassenparlamentes. Eine besondere Periode schließlicher Wahlrechtsnovellen ist damit abgeschlossen worden. Was jetzt kommt, wird aber kaum besser sein; wir müssen jetzt unter einem andern Wahlrecht wählen, doch bleibt das Volk nach wie vor entrechtet. Das Dreiklassenparlament wird durch das Vierklassenhaus abgelöst werden. Wer wollte darin einen Fortschritt erblicken? Ein Vorteil aber ist und durch die neue Verfassungschmach befreit worden; wir werden die Möglichkeit erlangen, den Kampf gegen die schließliche Reaktion auf der ganzen Linie aufzunehmen. Das wird bei den Landtagswahlen geschehen.

Diese Gelegenheit werden wir mit aller Energie auszunutzen. Wir werden uns auch nicht von der Last der zurücklassenden lassen, daß die Aussicht auf Erziehung von Mandaten sehr gering ist. Wir wissen, daß die Besessenen, die Agrarier, die Bäcker, die besessenen Beamten mit ihren drei und vier Stimmen in fast allen Wahlkreisen das Veto der breiten Massen erdrücken werden; die Arbeiterklasse muß aber trotzdem bis auf den letzten Mann in die Wahlurne kommen. Es gilt vor allem, mit dem Stimmzettel gegen die neue Verfassung zu protestieren. So kann man aber auch mit aller Kraft und unter Anwendung aller Mittel versucht werden, soviel wie möglich Arbeitervertreter in den Landtag zu entsenden. Hat man die Arbeiterklasse auch anderen Rechts erklärt, so ist doch infolge Befreiung der Arbeiter Wahl erreicht worden, daß jede Stimme zählt. Es kommt daher auch auf jede Stimme an; es darf daher auch niemand zu Hause bleiben. Durch Abstinenz würde kein Protest am Ausdruck gebracht, damit arbeitete man den schlimmsten Gegnern der Arbeiter nur in die Hände.

Das Ende des Dreiklassenparlamentes muß für uns der Ausgangspunkt eines lebhaften Landtagswahlkampfes werden, in dem wir alle Kräfte zur Wiedererzierung der schließlichen Reaktion einsetzen müssen.

In seiner Schlussrede sang Präsident Dr. Rehnert am Montag das bei solchen Gelegenheiten immer wiederkehrende Lied von dem Fieße der Landtagsabgeordneten, durch den eine ungewisse gesetzgeberische Arbeit geleistet worden sei. Es kann zugegeben werden, daß dieser Landtag mit Gesetzesvorlagen stärker als die meisten vorhergehenden belastet war; aber er hätte seine Aufgaben wohl auch in der sonst üblichen Zeit von 6-7 Monaten erledigen können, wenn nicht beim Interessententum die Siege im Landtage beim Wahlrechtsgesetze die Zeit monatelang nutzlos vertrieben worden wäre. Es wäre so einfach gewesen, dem Volke ein gerechtes Wahlrecht zu geben. Weil man das aber nicht wollte, weil man den eigenen Verstand und die Herrschaft der Reichen sichern wollte, deshalb das endlose Wahlrechtsgesetz.

Wenn von Rehnert am Montag in der Zweiten Kammer angeführt wurde, daß 33. Gesetzgebungsantrag an den Landtag gelangt seien, so muß doch auch betont werden, daß die meisten davon wenig Zeit in Anspruch nahmen und einer eingehenden Beratung nicht bedürftig waren, weil sie freilich anders, wie das schon gekennzeichnete Wahlrecht, das Wasserrecht, das Fürsorgegesetz und das Vergesetz von größerer Bedeutung. Andere bedürftigen ebenfalls eingehender Beratung, wie das Forst- und Feldbischgesetz, das Stempelsteuergesetz, die Neubestimmung der Lehrer. Die Neubestimmung der Beamtenbesoldung hat zwar im Plenum, soweit sie als Vorlage zur Verhandlung stand, nicht viel Zeit in Anspruch genommen, sie bewirkte aber, daß die meisten Staatsräte zweimal beraten werden mußten; außerdem verursachte die nachträgliche Einsetzung der erdüblichen Gehälter in den Staat eine ebenso zeitraubende wie komplizierte Arbeit, bei der es noch zweifelhaft blieb, ob überhaupt die erforderlichen Vorschriften imgegeben werden sind. Wenn es zu dieser Ueberfüllung kam, so war bei der bürgerlichen Mehrheit der Zweiten Kammer die treibende Kraft die Furcht, man könnte die Stimmen der Beamten bei den Wahlen verlieren, wenn die Beamten nicht durch Gehaltszulagen bei guter Laune gehalten würden. Diese Beamtenfranchise kostet das Land über 11 Millionen M. jährlich; wenn man dem Finanzminister glauben soll, weiß er trotz des Stempelsteuergesetzes noch nicht, woher er das Geld nehmen wird. Es läßt sich nicht leugnen, daß die unteren Beamten fast ebenso schwer wie die Arbeiter unter den Folgen der gemeingehäblichen Sozialpolitik imelde zu leiden haben; für die gut bezahlten höheren Staatsbeamten wäre eine so überaus große Zulage nicht erforderlich gewesen. Sollte man sich auf Gehaltsaufbesserungen für die unteren Beamten beschränken, wäre eine so bedeutende Inanspruchnahme der Staatsfinanzen nicht eingetreten.

Bei dem Rennen um die Gunst der Staatsangehörigen durften natürlich auch die Lehrer nicht übersehen werden, die ja über eine große Zahl Wählerstimmen verfügen. Wir können den Volksschullehrern die Erhöhung der Minimalgehälter gern, auch sie leiden ja unter der teuren Zeit. Die konservativ-nationalliberale Mehrheit hat sich's aber leicht gemacht. Die Mindestsätze für die Lehrergehälter hat sie zwar erhöht, aber die Mehrkosten sind den Gemeinden aufgebürdet worden, die zum Teil ohnehin unter den Volksschullasten fast zusammenbrechen und gar nicht in der Lage sind, mehr an Lehrergehältern zu gewähren. Schon zeigt sich immer deutlicher, daß die ganze Lehrergehaltsreform zum großen Teil nur ein Scheinfortschritt ist. Sehr viele Gemeinden, die früher mehr als gefällig vorgezeichnet war an Lehrergehältern gewährten, setzen jetzt Lehrer jetzt zum Teil noch gebrungen auf Mindestgehälter. Auf diese Weise haben viele Lehrer keinerlei Vorteil von der Gehaltsregulierung. Hätte die bürgerliche Mehrheit den Lehrern wirklich helfen wollen, hätte sie auch die Mittel für die erforderlichen Gehaltssteigerungen vom Staate verlangen müssen. Es ist bei einem schwachen aber vergeblichen Verzuge geblieben; nicht einmal dazu konnte man sich aufschwingen, für die ärmsten Schulgemeinden 300 000 M. zur Verfügung zu stellen.

Noch schlimmer sind die Vergarbeiter abgefallen. Das schließliche Vergesetz ist, wie schon angedeutet, völlig umgewandelt worden. Die organisierten Vergarbeiter hatten hierzu alles aufgegeben, ihre berechtigten Wünsche nach einer Regelung der Schichtdauer, Ueberarbeit und Vergarbeiterurlaub zu verwirklichen. Davon ist so gut wie nichts erfüllt worden. Obwohl das fürchterliche Unglück auf der Beche Rabbod die Gewerkschaften hätte schärfen sollen, wurden nicht einmal die Arbeiterkontrollen bewilligt.

Das Feld- und Forstbischgesetz war eine agrarisch-feudale Gesetzesmadde schlimmster Art. Veraltete Rechtsansichtungen wurden wieder neu vergoldet, um den Grundstücksbesitzern Handhaben zu allerhand Schikanen gegen Spaziergänger, die den Wald aufsuchen, gegen arme Leute, die Beeren oder Pilze sammeln, zu geben. Alle im Interesse der Allgemeinheit und der Volksgesundheit zu erhebenden Ansprüche wurden zertreten, der Waldbesitzer mit besonderen Rechten gegen die bisher übliche Benutzung des Waldes versehen und scharfe Strafen gegen die harmlosesten Vergehen gegen das dreimal heilige Privateigentum am Walde vorgehen.

Von den zahlreich in diesem Landtage eingebrachten Anträgen seien nur genannt die Umsatzsteuer- und die Reform der Konventionen und die Volksschulanträge der Liberalen. Ersterer zielt auf Einführung einer landesgesetzlichen Umsatzsteuer, in erster Linie auf eine Erdrösselung der Konsumvereine ab. Die Regierung schien nicht über Lust zu haben, diesmal den Mittelständlern diese wirtschaftlich so gefährliche Konzeption zu machen. Die Geschichte scheiterte aber an dem Widerstand der Ersten Kammer. Die Volksschulanträge sind nur im Dreiklassenparlament zur Beratung gekommen. Der Umstand, daß sie der Petitionsdeputation überwiesen wurden, die von dem Liberalen Dr. Schül geleitet wird, hat günstig auf die Erledigung dieser Anträge eingewirkt. Freilich sind auch diese Beschlüsse Halbheiten, eine Reihe wichtiger Forderungen ist unerfüllt, andere Fragen sind nur halb gelöst. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß ein Fortschritt im Volksschulwesen erzielt würde, wenn die Volksschulbeschlüsse in der zuletzt verabschiedeten Form Gesetz würden.

Im allgemeinen hat die Zweite Kammer kläglich abgegeschnitten. In allen wichtigen Fragen hat sie vor der Ersten Kammer zurückweichen, den größeren Einfluß den Pairs überlassen müssen. Das trat schon beim Vergesetz zutage, das die Erste Kammer allerdings vorberaten hat; nicht weniger umgestaltet, wenn auch nicht bessernd griff das „Oberhaus“ beim Wasserrecht ein. Vollständig der Direktive der Ersten Kammer mußte das Dreiklassenhaus beim Wahlrecht folgen. Auch bei der Umsatzsteuer war die Entscheidung der Ersten Kammer maßgebend. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Pairs in den meisten Fällen einen höheren Standpunkt eingenommen haben. Eine solche maßgebende Rolle wie diesmal hat die Erste Kammer früher nicht gespielt. Das ist auch eine Folge des Dreiklassenwahlrechts. Es ist dadurch eine Zweite Kammer zustande gekommen, die in keiner Weise mehr im Volke wurzelt, für die breite Masse der Wählerschaft nur Richtschnur und Spott hat. Diese wurzellose Ausgeburt des elendesten aller Wahlrechtsystems mußte schließlich so kläglich enden, wie sie geendet hat, sie mußte unsicher hin- und herschwanken und schließlich ganz unter die Vormachtigkeit des „Gerrenhauses“ gelangen. So endete das Dreiklassenparlament, wie es kläglich nicht kommen konnte.

Die kritische Situation.

Die innere Spannung, die den Bloß in Trümmer zu reißen droht, ist durch die Verhandlungen des zweiten Tages der Wahlrechtsdebatte im preussischen Abgeordnetenhaus zum mindesten nicht gemildert worden. Allerdings hat Herr Wiemer es unternommen, das Ende des liberal-konserverativen Paarungsverhältnisses als vollendetes Tatsache festzustellen — solche Entschlossenheit hatte auch niemand von ihm erwartet —, wohl aber fand der Nationalliberale Dr. Friedberg scharfe Töne zur Bekämpfung der junkerlichen Diktatur. Die Junker bleiben indessen kühl und vergnügt, sie wissen, daß ihnen nichts geschehen kann, und daß, wer ihnen nicht pariert, aus dem Bloß steigt, mag er nun Wiemer, Friedberg oder Fürst Bülow heißen.

Man nimmt vielfach an, daß der Reichskanzler den Fackel nicht mehr überleben wird. Als keinen wahrcheinlichen Nachfolger nennt man den Statthalter von Elb-Lothringen und früheren Reichskanzler in Wien, Grafen Wedel. Bestimmtes weiß freilich niemand, und was heute richtig ist, kann morgen falsch sein.

Die höchsten Schwierigkeiten gehen dem Fürsten Bülow vermutlich nicht zu schaffen als die parlamentarischen. Ueber die Wahlrechtsfrage denkt man sich eintrüben durch wüßelose Schwärzen und Nichtstun hinwegzusehen. Die Reichskanzler soll aber nach ähnlichen Methoden wie einst die Kanalvorlage verknüppelt werden. Man will weiters bedeutende Steuerbefreiungen für junkerliche Erbschaften zugestehen, und dadurch die Annahme des Restes der Vorlage durch die Konserverativen zu erkaufen suchen. So werden lustig neue Kartenzähler gebaut, und die größte Sorge ist, daß nicht ein Windstoß aus höheren Regionen sie wieder umwirft.

Wahlrechts-Wirrwarr.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus wird uns geschrieben:

Das preussische Abgeordnetenhaus hat zwei Tage lang über die freilichigen, politischen und nationalliberalen Wahlrechtsanträge beraten und sie alle abgelehnt.

Für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht stimmten Sozialdemokraten, Freisinnige, Polen und Zentrum, letztere mit dem Vorbehalt, daß die aus der verschiedenen Größe der Wahlkreise entspringende tatsächliche Ungleichheit der Wahlberechtigung beibehalten bleiben müsse. Konserverative, Freikonserverative und Nationalliberale lehnen die Einführung des Reichstagswahlrechts glatt ab. Der nationalliberale Herr Friedberg begründete diese Haltung seiner Partei mit dem demütigen Anspruch, daß die Entscheidung nicht den Massen zustehen dürfe; er bewies damit aus neue, daß seine Partei ihre Feindschaft gegen das geltende Wahlrecht im Reiche nur deshalb noch notdürftig zu verbergen sucht, weil ihr der Mut fehlt, offen dagegen aufzutreten.

Für das Pluralwahlrecht, wie es die Nationalliberalen wollen, oder — wie es im Antrag Hubrecht und Genossen mit unfreiwilligem Humor heißt — für das nach „der Bedeutung der Einzelpersönlichkeit abgestufte“ Wahlrecht stimmten die Nationalliberalen allein. Was man es in Sachsen merkte, daß der größte Plan, der dort seine Verwirklichung fand, im preussischen Abgeordnetenhaus gegen den Widerspruch eines kleinen Widerheit unter großer Heiterkeit begraben wurde.

Für die Ersetzung des indirekten Wahlrechts durch das direkte (Abt. 2 des Antrags Hubrecht) stimmten beim Sammelstimm 185 gegen 168 Abgeordnete, 110 fehlten. Und ähnlich gestaltete sich das zahlenmäßig leider nicht genau feststellbare Stimmverhältnis bei der folgenden Abstimmung über Abt. 3 des nationalliberalen Antrags, der die Einführung der geheimen Abstimmung verlangt. Auch dieser Vorschlag wurde mit einer Justizmehrheit von drei oder vier Stimmen verworfen. Er hätte zur Annahme gelangen müssen, wenn neben den Sozialdemokraten, Freisinnigen und Polen auch Zentrum und Nationalliberale möglichst vollständig versammelt gewesen wären und geschlossen für ihn gestimmt hätten.

Schließlich wurde auch der vierte nationalliberale Vorschlag zur Güte „eine Veränderung der Landtagswahlrechtsverhältnisse insofern vorzunehmen, als durch Umwälzung der wirtschaftlichen und Bevölkerungsverhältnisse eine wesentliche Verschiebung der für die bisherige Einteilung der Wahlkreise maßgebenden Grundlagen eingetreten ist“ von der gesamten Stimmzahl der Konserverativen, Freikonserverativen und Zentrumsmänner erdrückt. Das Zentrum war nicht dazu zu bewegen, für diesen

Entwurf zu stimmen, obgleich sein Begründer Dr. Friedberg ver-
sichert, es lässe keinen Grund an, eine
„mechanische“ Neueinstellung der Wahlkreise herbeizuführen und
das Vortrecht der „größeren Plätze“, d. h. des platten Landes,
zu beilegen. Das Zentrum will selbst bei Beibehaltung des
Dreiklassenwahlrechts nicht das kleinste Stüchlein des ungebeuer-
lichen Pluralwahlrechts aufgeben, das dem städtischen Dreiklassen-
wähler vor dem ländlichen aufs höchste erniedrigt und entzogen.
Damit bewährte sich das Zentrum, das für das allgemeine,
gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eintritt, vorgibt, als
Hüter eines brutalen Pluralwahlrechts.

So lautet das Ergebnis der ganzen Debatte: Abgelehnt!
Abgelehnt! Abgelehnt! Mein Vorschlag zur Abänderung des be-
stehenden Dreiklassenwahlrechts hat den Beifall der Versammlung
gefunden. Es liegt nahe, daraus den Schluss zu ziehen, das Haus
habe erklärt wollen, es scheue auf dem Boden des Dreiklassen-
wahlrechts und wüßte nicht, daß an den „beschränkten Grund-
lagen“ geändert werde. Aber dieser Schluss, der, wenn er richtig
wäre, wenigstens den Vorzug hätte, Klarheit in die Situation
zu bringen, ist sicher falsch. Von sämtlichen Parteien haben sich nur
die Deutschkonservativen in der bekannten diktatorischen Weise für die
Beibehaltung des Dreiklassenwahlrechts ausgesprochen. National-
liberale, Zentrum, Freisinnige, Polen, Sozialdemokraten
haben sämtlich in den schärfsten Ausdrücken erklärt, sie betrachteten
das Dreiklassenwahlrecht als überlebt, morsch, als Korrosion eines
Wahlrechts — und diese Parteien bilden zusammen bei voll-
ständiger Haus- und Mehrheits. Die konservativen Anhänger des
Dreiklassenwahlrechts würden selbst kaum in der Minderheit sein,
wenn sie bei ihren Nachbarn zur Linken, den Freikonservativen,
keine Unterstützung finden würden, was aber, wie man aus den
Erklärungen des Reichert v. Seldig weiß, keineswegs der Fall
ist. Es besteht also im Abgeordnetenhaus noch keine Mehr-
heit für die Erhaltung des Dreiklassenwahlrechts.

Was will nun, dieses lehrbare Muster einer wahren Volks-
vertretung? Es will kein Klassenwahlrecht, kein Mehrstimmwahl-
recht, aber auch kein gleiches Wahlrecht. Das Wahlverfahren soll
weder direkt noch indirekt, die Abstimmung weder öffentlich noch
geheim sein. Man muß gesehen, ebensoviel Weisheit, ebensoviel
Klarheit und Umsicht haben der Meinung hätte sich auch erzielen
lassen, wenn man die Entscheidung der Wahlrechtsfrage nicht diesem
heiligen Hause einer beliebigen Schachherde überlassen hätte.

Für seine Art Gesetze gilt das Dichterwort von Geig und
Vedien, die sich wie eine große Kranich fortziehen, mehr als
für die Götter. Je schlechter die Wahlgesetze sind, desto schwerer
ist es sie loszuwerden; denn diejenigen, die berufen sind, sie zu
beilegen, die gemäßigten Gesetzgeber, verdanken ihre Wahl diesen
schlechten Gesetzen und entziehen durch ihre Abdankung sich selber
den Boden ihrer politischen Existenz. Je schlechter ein Wahlgesetz
ist, desto schlechter, unfähiger, dem Guten feindseliger wird auch
das Parlament sein, das aus dem Wahnen hervorgeht.

Leute, die nicht wissen, wozu sie wollen, müssen geführt
werden. Eine entschlossene Regierung könnte vielleicht dem bil-
ligsten Landtag den Weg zeigen, den zu gehen ihm Verstand und
Moral gebieten. Aber die Vorgänge im preussischen Abgeordneten-
haus sind ja nur ein getreues Spiegelbild der Ver-
hältnisse, die in der letzten Zeit im Schoße einer
schwachhüligen Regierung gepflegt worden sind.
Auf den Tischen liegen verstreute Geiseln, die sich nicht zu helfen
wissen. In Preußen und im Reich steigt sich die allgemeine
Befriedenheit abwärts zur politischen Krise, die Regierungen
und die Parlamente verdrängen durch ihr schwächliches unentschlossenes
Schwanken den Geist ihrer Autorität. Für ein politisch
reifes, energisches, seiner Ziele bewußtes Volk sind solche Zeiten
der Auflösung und Vermirrung Zeiten des Fortschritts
und des politischen Erfolgs.

Wenn sich Regierung und Parlament unfähig zeigen, das
Volk zu leiten, so muß das Volk seine Sache selber in die Hand
nehmen. Dann geschieht, was der nationalliberale Redner Herr
Dr. Friedberg am wenigsten will: Die Massen entscheiden!

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom Dienstag den 26. Januar.

Zu Beratungen über die Wahlrechtsänderung werden fortgesetzt.

Herr Dr. Friedberg (nall.):

Wenn man, wie wir, eine Abtätigung des Wahlrechts für nötig
hält, kann man nur wünschen, daß die Erhebungen vorgenommen werden.
Für mich ist es nicht möglich, daß diese Erhebungen möglichst bald zum
Abschluß gebracht werden. Meine Freunde sind noch wie vor durch-
aus gegen die Übertragung des Reichswahlrechts auf Preußen.
Jedoch wollen wir das Reichswahlrecht selbst gegen Angriffe
schützen. Für die geheime Abstimmung tritt die große Mehrheit meiner
politischen Freunde ein. Die Bevölkerungszahl darf bei einer Wahl-
rechtsänderung nicht allein maßgebend sein. Da können wir mit
dem Reich und dem Zentrum überein. Der Zentrumredner hat
eigentlich gar nichts gesagt. Das Zentrum hat so auch immer beim
Wahlrecht so verfahren, daß es jede positive Veränderung verhindert
hat. Es hat sich zwar immer theoretisch für das allgemeine Wahl-
recht ausgesprochen, aber es hat nichts Ernstliches zu seiner Ein-
führung getan. Nun zum konservativen Redner. Seine Aus-
führungen sind als eine Minderheitsklärung vom Volk und als ein
schwerer Vorstoß gegen den Reichspräsidenten angesehen wor-
den. Wir werden diejenigen Konsequenzen ziehen, die uns an-
gezeigt werden, wir werden auch unseren Weg allein zu gehen
versuchen. Das Wahlrecht soll sich nach dem konservativen Redner
bewähren — weil es die Wiedereinstellung der Konservativen be-
währen. (Zusammenfassung links.) Ist nicht im Laufe der Zeit das
Wahlrecht durchaus morsch geworden? (Zusammenfassung links.) Wider-
spruch rechts.) Nicht zu verstehen ist, wie der Abg. v. Mischowen
gerade gegen so sehr sich dem Zentrum anschließen konnte, obwohl
doch das Zentrum für das allgemeine Wahlrecht ist. (Sehr richtig
links.) Man will mit Gewalt von seinen der Konservativen sich
wider dem Zentrum anschließen. Wenn ich aber die Wahl habe
zwischen dem Christentum des Herrn Herold und dem des Reichert
v. Mischowen, so ziehe ich das des Herrn Herold vor. (Beifall.
Zusammenfassung links.) Alles wird um das Zentrum! Große Heiterkeit.)
Wir Nationalliberale sind genötigt, so ziemlich gegen alle Fronten zu
kämpfen. Nebenbei haben sich aber die Konservativen mit dem
Zentrum gegen uns verbunden. (Che-Rufe rechts.) Ja wohl, Sie
haben sich mit demselben Zentrum verbunden, das im Westen mit der
Sozialdemokratie zusammengeht. (Großer Lärm im Zentrum. Auf-
stehen.) Wir wollen die Konservativen nicht befehlen. Wir be-
weisen aber, daß die konservative Herrschaft notwendig ist. (Beifall
links.) Sie ist nicht mit dem Staatswohl identisch. Sie sind nicht
die einzigen Träger des Thrones. Sie schätzen nicht die Krone, Sie
bestimmen sie. (Beifall links.) Nicht haben Sie einen
Kampf gegen den leidenden Staatsmann inszeniert. Sie
haben auch konservativ? Sie werden gut tun, wenn Sie
sich zu einer Reform des Wahlrechts entschließen könnten. Gehen
werden Sie in der Geschichte dahinstehen als kurzfristige, selbsttätige
Partei. (Beifall links.) Widerspruch rechts.) Entschließen Sie sich
aber zu einer Reform, so werden Sie dem Lande einen großen Dienst
erweisen.

Herr Dr. Wiemer (frei, Volksp.):

Geht nicht niemand erwarten können, daß heute die Staats-
regierung sofort einen Gesetzentwurf vorlegen würde, der das allge-

meine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einführt, aber man
müßte erwarten, daß wenigstens größere Klarheit geschaffen worden
wäre über den Stand der Vorarbeiten und über Richtung und Ziel
der gesetzgeberischen Arbeiten. Der Minister hat auf die Notwendig-
keit umfassender Vorarbeiten hingewiesen und betont, daß diese Vor-
arbeiten eine „gewisse Zeit“ in Anspruch nehmen. Das ist gerade,
was wir bedauern, daß diese Zeit nicht „gering“, sondern höchst
ungewiß ist. Eine dringende Reform darf nicht unter den Ermitt-
lungen erstickt werden. Wenn es ankommt, ist, daß wir vordrängen
kommen. (Beifall links.) Oder heißt es: Mehr Tausch, Herr
Minister! Es ist vor allen Dingen nötig, daß die Wünsche des Volkes
nicht unerfüllt bleiben, weil eine Reform den Konservativen nicht
gefällt. Herr v. Mischowen hat der Regierung eine unabweisliche
Forderung gestellt und jede Anfechtung, wenn sie eine Vorlage bringen
sollte, die den Konservativen nicht gefällt. Mit dem Hinweis auf die
Autorität der Krone kann der Widerstand gegen die Wahlreform um
so weniger gerechtfertigt werden, als die Autorität der Krone durch
eine Reform nicht geschwächt, sondern gestärkt wird. Die Haltung
der Konservativen ist schlicht beifällig, wenn sie eine Vorlage der
Landtagswahl. Das verheißt ich, aber der Ausfall der Wahl be-
trifft doch nicht, daß die Konservativen eine entscheidende starke Ent-
scheidung im Lande hinter sich haben. Das ungleiche Wahlrecht und die
Wahlrechtsverteilung beweisen, daß die Wahlen nicht ein Spiegelbild
der Volksstimmung, sondern ein Zerstück der Volksstimmung geben.
Für Berücksichtigung hat Herr v. Mischowen und gefragt:
Wo stehen Sie, wenn der Reichstag? Nun, wie wären dann in
genau derselben Position, in der wir früher waren, und jedenfalls in
einer besseren als die Sozialisten. Wenn wir hätten immer noch
die Möglichkeit, mit anderen Parteien eine Abwehrmacht zu bilden,
während die Konservativen im Reichstag ohne die Liberalen über-
haupt keine Mehrheit zusammenbringen können. Den Konservativen
wichtigstes dieses Hauses scheint aber jetzt offenbar die Zeit ge-
kommen, von der Reichstift abzurufen. Sie werden um die Stim-
men des Zentrums. Die Ausführungen des Reichert v. Mischowen
zeigen zusammen mit der Rede des Herrn v. Mischowen und den
Neuerungen der Regierung und der konservativen Korrespondenz,
daß sich eine Veränderung der politischen Situation vorbereitet und
daß die Konservativen sie herbeiführen wollen. Wir sehen diesen
Beginnen mit höher Gelassenheit gegenüber und werden ruhig die
Konsequenzen aus der veränderten Lage ziehen. Die Politik ist
unveränderlich und richtet sich nach den jeweiligen Verhältnissen. Alles
in allem hat die Rede des Herrn v. Mischowen den Vorgang, daß sie
sehr deutlich hat und zweifellos zur Klärung der politischen Situation
beitragen wird. Ihr kurzer Sinn war: wir stabilisieren unsere Macht
als einen rocher de bronze, und wenn die Regierung, welche sich ein-
fallen läßt, durch eine Wahlrechtsvorlage an unserer Machtstellung
irgendwie zu rütteln. Eine selbstbewußte Regierung müßte gerade
nach dieser Rede unverzüglich eine Wahlrechtsvorlage einbringen, und
wenn sie durch die Haltung der Konservativen zum Scheitern kommt,
dann müßte sie an das Land appellieren. Wenn die Vorlage dann
wirklich den Forderungen der Gerechtigkeit entspricht, dann bin ich
überzeugt, daß vor dem Volkswillen die Macht der Konservativen
verändern würde wie die Spreu vor dem Winde. (Beifall links.)
Ein Schlußantrag wird mit großer Mehrheit
angenommen.

Nach dem Schlußwort des Abg. Hoff (frei, Vereinig.)
sind in der Abstimmung seiner der geäußerten Anträge die Mehr-
heit. (Siehe oben das Ergebnis der Einzelabstimmungen.)

Deutsches Reich.

Dampfer-Subventionen.

Der Reichstag verhandelte am Dienstag über die
neue Dampfersubventionsvorlage, mit der trotz ihres vor-
jährigen Scheiterns die Regierung erneut aufwartet. Diese
Liebergabe für den Norddeutschen Lloyd und die Neu-Guinea-
kompagnie ist mit einer Begründung versehen, deren orienta-
liche Frucht der Norddeutsche Lloyd und die Neu-Guinea-
kompagnie. Ob die Liebergabe diesmal bewilligt werden wird,
steht dahin. Die wirtschaftliche Vereinigung scheint nicht mit-
machen zu wollen. Die anderen Lloydgruppen freilich sind be-
willingungslustig. Der nationalliberale Semler ist natürlich
Feind und Flamme und der freisinnige Herr Hornmann suchte
mit schöner Rührung für den notleidenden Lloyd Stimmung
zu machen. Auch die Konservativen sind für die Vorlage. Für
sie sprach Diederich Dahn, der sein wildes Felsen als Frak-
tionsführer augenscheinlich deshalb ausgesprochen hat, weil er als
Fraktionsredner der jüngst etwas mumbaulen Junfer seinem
angeborenen Redebegierde besser die Zügel schieben lassen
kann. Der Reichsparteiler Dirksen sprach lang und breit von
dem kühnen Neu-Guinea, dessen Handelsbilanz wohl kaum die
jährlichen Einnahmen dieses reichen Herrn und Volks-
vertreter erreicht. Natürlich schloß er auch Herr von
Vethmann-Rohde die Vorlage, und zu seiner Unterstützung
war Herr Dernburg herbeigelaufen.

Unter Fraktionsredner Koske zerpfückte ganz um-
herbergig die Vorlage. Ein paar Kapitalisten in Neu-Guinea
billige Arbeitskräfte (Chinesen) und noch billiger arbeitende
Malaien) zu verschaffen, ist des Pudels Kern. Auch Herr Er-
berger, dem man von Regierungstische aus vergebens mit
schönen Missionsgeschichten zu fördern suchte, und der Antijemitt
Naab gingen mit der Vorlage scharf ins Gebet, die schließlich
an die Budgetkommission wanderte.

Wegen des Geburtstages des Kaisers ist am Mittwoch
keine Sitzung. Am Donnerstag wird die Beratung unseres
Antrags über die Beteiligung der rechtlichen Parastellung der
Landarbeiter fortgesetzt.

Wißvergnügte Geburtstagsfeier.

Wilhelm II. überschreitet am 27. Januar die Schwelle
der fünfzigsten. Schon bei seinem zwanzigjährigen Regierungs-
jubiläum im Sommer des Vorjahres hat sich gezeigt, daß die
festliche Stimmung des Volkes, die bei solchen hohen Anlässen
immer vorhanden sein soll, nur in der Wantaffe der offiziellen
Presse besteht. Diesmal ist die Neigung zu byzantinischen
Ueberchwang außerhalb jener Kreise, in denen die Königs-
töne gewerksmäßig betrieben wird, noch geringer als damals.
Außer der Nordd. Allg. Ztg. haben sich von der Berliner
Presse nur die ausgesprochen konservativen Blätter schon am
Vorabend zu den höchsten Artikeln entschließen können, und
auch hier wird die Begeisterung noch durch einige kleine Ein-
würfe gemildert, wie z. B. in der Deutschen Tageszeitung, die
versichert, „die Macht der Krone“ könne „nur dann fest
bleiben“, wenn die verfassungsmäßigen Schranken überall
bewahrt und innegehalten werden“. Solche Glückwünsche mit
Vorbehalt können nicht gerade herzerhebend wirken; nebenbei
wird aber natürlich dem Kaiser auch viel Schmeicheles ge-
sagt, so z. B. in der Kreuzzeitung, „daß er in vielen
Frage der Gerechtigkeit von allen Autoritäten als
Erzengel im modernen Sinne des Wortes mit Achtung an-
erkannt wird“. Das ganze deutsche Volk ohne Unterschied der
seiner Autorität als Führer auch künftig nie anders als im
treuen Frieden zu erproben.

Annahme in Sicht?

In den Kreisen der Sozialisten erwartet man, daß Wilhelm II.

auf Anlaß eines Geburtstages eine Amnestie in größerem Umfang
erlassen werde. Herr Billow soll bei seiner letzten Audienz dem
Kaiser diese Angelegenheit mit ihm beraten haben. Wilhelm II. hat
seinem Regierungsrat nur ein einziges Mal eine Amnestie er-
lassen, und zwar anlässlich der Geburt seines ersten Kindes, des
ersten Prinzen, die bei den zuständigen Stellen angefragt haben, er-
scheine keine Aussicht. Obwohl wird man die Hoffnungen auf eine Amnestie
immer sehr zurückhaltend. Bisher ist noch nichts von der Amnestie be-
kannt geworden.

Fabrikantenvertreter unter sich.

Stresemann — der Demagog.

Herr v. Tille, der Prophet des kommenden Bundes
der Industriellen, liegt in arger Fehde mit den National-
liberalen, die wieder darüber sind, daß Tille ihnen die Wähler
aus den Kreisen des Industrie- und Handelskapitals abnehmen
will. In einem Streit über die bürgerliche Stellung der
nationalliberalen Fraktionsmitglieder behauptete die National-
liberale Parteiforrespondenz gegen Tille:

„daß Tille doch sehr stark im praktischen Leben nutzlos
und daß Stresemann als Parlamentarier aus den Kreisen
der Industriellen gewertet zu werden beanspruchen dürfte.“

Darauf antwortet nun der kapitalistische Gründer der
neuen Partei in der Südwestdeutschen Wirtschaftszeitung:
„Krause und Stresemann als Vertreter des Gewerbetreibenden
dürfte die überwältigende Mehrheit der deutschen Gewer-
betreibenden denn doch mit Entschiedenheit ablehnen. Krause
ist ein Doktrinär und Stresemann ein Demagog.“

Bottschaft aus Weimar.

Wie der Eisenacher Korrespondent der Frankf. Zeitung erzählt,
wird dem weimarischen Landtag bestimmt noch in dieser
Session ein neues Landtagswahlgesetz mit dem allgemeinen, gleichen
und direkten Wahlverfahren gehen. Das neue Gesetz liegt dem
Ministerium des Innern bereits fertig vor, es bedarf nur noch der
Durchberatung durch das Gesamtministerium.
Ist wahr, was die Frankfurter Zeitung berichtet?

Im gemeinschaftlichen Landtag der Herzogtümer Ansbach und
Coburg haben zwölf von den dreißig Abgeordneten den Antrag auf
Einführung der direkten Wahl zum Landtag eingebracht.

Reichsvereinsgesetzliches.

Im Dezember fand in Greiffenberg i. Schl. eine öffent-
liche Versammlung des Fabrikarbeiterverbandes statt. Zwei
Polizisten erschienen widerrechtlich zur Ueberwachung und er-
wärteten sich, trotz mehrfacher Aufforderung nicht. Die Be-
schwerde des Einberufers der Versammlung, des Bauleiters
Kowalek-Breslau, wurde zurückgewiesen. Dafür be-
kam Kowalek eine Anklage wegen Uebertretung des Vereins-
gesetzes und wegen Beleidigung. Die beiden Polizisten wurden
als „Gandwürter“ und „Nachwächter“ beschimpft worden sein.
Am Sonnabend fand vor dem Schöffengericht in
Greiffenberg die Verhandlung statt. Kowalek bestritt auf
das entschiedenste jede Beleidigung der Polizisten. Auf die
Entlastungszeugen hat hiervon nichts gehört.

Das Urteil lautete wegen Uebertretung des Verein-
gesetzes auf Freisprechung, wegen Beleidigung der Polizisten
auf 50 M. Strafe. Den Aussagen der Polizisten über die Aus-
sage des Entlastungszeugen für ungläubwürdig hielt.

Schick der Schulze.

Vor der Dortmunder Strafkammer hatten sich am Samstag
an Polizeiwachmeister und zwei Polizeiführern wegen unglück-
licher Mißhandlung zu verantworten. Anlässlich eines Schu-
lers haben die Angeklagten an zwei verschiedenen Tagen ohne
erklärlichen Grund auf einen Teil der Polizeiwache mit Wasser
geworfen. Jeder Person wurden erheblich verwundet.
Ein Verwundeter erhielt etwa 30 Stöße; zwei sich aus dem
Wann liegen, später wurde er verhaftet. Man fesselt den
Missethäter, und da er nicht laufen konnte, schleiften ihn die Beamten
eine Strecke Wegs mit. Schließlich haben die Angeklagten den
Schulverleuten auf einen Wagen, um mit Hauschlägen zu treten.
Der Mann war vier Wochen arbeitsunfähig.

Das Urteil gegen den Polizeiwachmeister Martin lautet auf
sieben und gegen den Polizeiführer Dennis auf vier
Monate Gefängnis. Der dritte Angeklagte wurde ver-
urteilt, weil er auf Befehl des Wachmeisters gehandelt hat und
sich im Moment nicht über die Situation orientieren konnte.

Zur befristeten Steuerreform.

Der Steuerminister hat das Kapitalrentengesetz in
namentlicher Abstimmung im wesentlichen nach der Regierungsvor-
lage einstimmig angenommen. Wie alle Ertragssteuern ist auch
die Kapitalrentensteuer als eine Ergänzungsteuer zur allgemeinen
Einkommensteuer vorgesehen, hat aber mehr einen verhältnis-
mäßigen Charakter (es ist z. B. der Schuldzinsen ungeschuldet
weil auch unsere Parteigenossen dem Gesetzentwurf zustimmen
konnten. Die Steuer beträgt bei steuerbaren Kapitalrenten
von 70 M. bis 100 M. 1 Prozent
von mehr als 100 „ 400 „ 1 1/2 „
„ 400 „ 700 „ 1 1/2 „
„ 700 „ 1000 „ 1 1/2 „
„ 1000 „ 2 „
der steuerbaren Kapitalrenten.

Ein Steuerpflichtiger, dessen steuerbare Kapitalrente nicht
mehr als 1000 M. beträgt, dessen steuerbares Einkommen nicht mehr
als 2000 M. beträgt, hat wenn er von der Steuer nicht befreit
ist, die Hälfte der Steuer zu entrichten.

Ein Steuerpflichtiger, dessen steuerbare Kapitalrente nicht
mehr als 2000 M. beträgt, dessen steuerbares Einkommen nicht mehr
als 3000 M. beträgt, hat drei Viertel der Steuer zu entrichten.
Der Mindestbetrag der Steuer ist 50 Pf. Die Hochbesteuerung
des Kapitals durch Kapitalrentensteuer und Einkommensteuer ist
6,51 Prozent. Das ist:

um 2,01 Prozent höher als in Elsass-Lothringen,
„ 1,19 „ „ „ Preußen und
„ 0,26—0,68 „ „ „ Sachsen.

Als einen Fortschritt des Gesetzes darf man die wesent-
lichere Heranziehung des Kapitalvermögens beim Erbzins
bezeichnen.

Novelle zum Bankgesetz. Der Bundesrat hat der Reichs-
novelle zugestimmt. Die Novelle erstreckt eine Befreiung des Bank-
fonds der Reichsbank, die Erhöhung des Reservefonds des Reichsbank-
und die gesetzliche Zahl der Reichsbanknoten.

Keine politische Nachsicht. Die am Montag von dem Ab-
geordnetenhaus von den Sozialdemokraten verabschiedeten Wahlrechts-
demonstrationen haben doch zu Verhaftungen geführt. Ein
Personen sind wegen großen Unfugs und Ungehorsams gegen die
„Vorarbeiten“ festgenommen worden und werden dem Richter übergeben.
Das Reichsgericht hat den Kaufmann Herrmann aus Wies aus
der Anklage des Verrats militärischer Geheimnisse freigesprochen.
Montag abend verabschiedete eine große Volksmenge in Gaget

Wien, 26. Januar. Abgeordnetenhause. In der fortgesetzten Verhandlung über die Dringlichkeitsanträge...

Ausland.

Chefverhandlung.

Der Nationalitätenstreit.

Wien, 26. Januar. Abgeordnetenhause. In der fortgesetzten Verhandlung über die Dringlichkeitsanträge...

Frankreich.

Der Nationalrat der französischen Partei.

Paris, 26. Januar. Der Nationalrat der französischen Partei...

Belgien.

Die bulgarische Mobilisierung.

Sofia, 26. Januar. Die bulgarische Regierung hat heute...

Konstantinopel, 26. Januar. Der hiesige montenegrinische...

Konstantinopel, 26. Januar. Auf der Posten verläutet, daß die...

Konstantinopel, 26. Januar. Aus Smyrna werden neue...

Perien.

Die Lage in Labris.

London, 26. Januar. Aus Labris liegen Berichte zweier...

Petersburg, 26. Januar. Meldungen aus Teheran berichten...

London, 26. Januar. Die Royalisten von Madra, einer in der...

Die Fortbildung der Arbeiterversicherung in Deutschland.

Während die Notwendigkeit einer Reform der Arbeiter...

Die Selbstverwaltung der Versicherten kann sich jedoch nur...

Die Selbstverwaltung der Versicherten kann sich jedoch nur...

Die Selbstverwaltung der Versicherten kann sich jedoch nur...

Die Selbstverwaltung der Versicherten kann sich jedoch nur...

Die Selbstverwaltung der Versicherten kann sich jedoch nur...

(bis 350 M. Jahresbeitrag) 18,00 Beiträge entziehen, kamen im...

Die Erhöhung der Renten muß daher im Vordergrund jeder...

Ein anderer Faktor, der dem Arbeiter die Invalidenversicherung...

Die burokratische Verwaltung der Invalidenversicherung...

Die Arbeiterklasse muß diesen nahe vor der Forderung...

Soziales.

Zum Verleumdung in Köln! Der am 1. Februar ausbrechende Verleumdungsprozess...

Wahlrechtsprozess. Gegen untern Genossen Redakteur Dövel ist wegen der...

Letzte Telegramme. Ein Kriegsgerichtsbericht. Darmstadt, 27. Januar. Das Kriegsgericht der 25. Division...

Englische Flottenfragen. London, 26. Januar. Fünf Blättermeldung zufolge wird die...

Das heutige Blatt enthält 12 Seiten.

Deutscher Reichstag.

194. Sitzung, Dienstag 28. Januar nachm. 1 Uhr.
Im Bundesrat: v. Bethmann-Hollweg, Dethlefsen, Kautzke.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Entwurfes des Reichsgesetzes über die Eisenbahnen in den Provinzen des Reichs. (Der Entwurf wird den Reichstagen der Provinzen des Reichs für die vierwöchentliche Beratung des Schutzgebietes Neu-Guinea mit Hongkong und Australien und eine weitere einrichtende Anschließung namentlich 500 000 Mark anstatt 200 000 Mark zu bewilligen.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt, daß der Reichstag den Nachweis geführt hat, daß er ohne die erhöhte Subvention den Verkehr nicht aufrecht erhalten kann. Das wäre ein schwerer Schlag gegen das aufblühende Schutzgebiet, also Sparmaßnahme unternommen.

Herr Dr. Semler (nass.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde und beantragt Verweisung an die Subkommission. Die Subvention bedeutet keine Umverteilung der Mittel, sondern ist lediglich die deutsche Flagge in der Südsee überhaupt erscheinen lassen.

Herr Dr. Gahn (konf.) schließt sich dem Vordränger an. Redner stellt auf den Partikularkonkurs Hamburg, weil er nebenbei vorläufiger Abgeordneter sei. (Zwischenruf: Nebenbei?)

Herr Gersberg (zent.): Wir haben nur zu untersuchen, ob Leistung und Gegenleistung im richtigen Verhältnis stehen. Die Beschäfte des Reichs kommen für uns nicht in Frage. In der Kommission werden wir auch prüfen müssen, ob der Aufschlag von 500 000 Mark den Neu-Guinea trotz der Subvention noch erhalten soll, geschweige denn die Zustimmung im Zentrum.)

Herr Gernann (freif. Volksp.): Wir sind keine Kolonialpolitiker, aber wir hoffen, daß die dort angelegten Kapitalien sich noch einmal rentieren. Lediglich Reichsinteresse, nicht die Geschäfte der Dampferfirma sind maßgebend für uns. Doch kann es nicht im Interesse des Reichs liegen, wenn die deutsche Flagge aus der Südsee verschwindet. Mit der Verweisung an die Subkommission sind wir einverstanden.

Staatssekretär Dernburg: Würde Neu-Guinea vom Weltverkehr abgeschnitten, so wäre das für dieses Schutzgebiet geradezu verheerend, deshalb freue ich mich über die Stellungnahme der Vordränger. Es handelt sich nicht um die Interessen des Reichs, sondern um die Interessen der Deutschen in jenen Gegenden. (Zwischenruf: Was ist das?)

Herr Noke (soz.): Der Reichstag hat in seinen Beschlüssen angenommen, in denen verlangt wird, daß das Reich nur an solche Anlagen arbeiten dürfe, die sich in ihren Arbeitsbedingungen an die geltenden Vorschriften und bestehenden Tarife halten. Der Norddeutsche Lloyd aber mißachtet die Reichsgesetze, soweit sie sich auf die Arbeiter beziehen. Er tritt ihr wichtiges Recht neben dem Wahlrecht, das Koalitionsrecht, mit Füßen. (Zustimmung h. d. Soz.)

Das Koalitionsrecht muß sich verpflichten, dem Seemannsverbande der einen ähnlich gerichteten Verbände nicht anzugehören. Das ist ein großer Verstoß gegen die guten Sitten. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Der Norddeutsche Lloyd hat gelbe Verweise gekriegt und er befindet sich im Arrest. Die Übernahme der farbigen Mannschaften. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Die Aufnahme der farbigen Mannschaften ist ein Verstoß gegen die guten Sitten. (Sehr wahr! h. d. Soz.) In dem vorliegenden Vertrage ist auf die Interessen der farbigen Arbeiter keine Rücksicht genommen. Die Schiffe sollen nur den deutschen Besatzungen gebaut, und es sollen nur deutsche Köche berufen werden. Die Interessen der farbigen Arbeiter sind für keinen Zweck zu berücksichtigen.

Der Lloyd wird als Chinesen und andere farbige nicht weiter erwerben dürfen, weil sie billiger sind als deutsche Arbeiter. Man wird sonst immer von dem Schutz nationaler Arbeit. Da sollte man auch gegen die Lohnrückfälle durch farbige Arbeiter vorgehen. Eine in uns in diesem Sinne kontragäre Resolution wird dem Hause vorgelegt, etwas für den wirtlichen Schutz der deutschen Arbeiter zu tun.

Die Resolution bewillt mit dieser Vorlage eine außerordentliche Sitzung, aber sie bringt nichts Neues dafür vor. Es fehlt jeder Nachdruck, das namentlich deutsche Interessen in Frage kommen. Der Herr Gernann vertritt von einem Verluste des Reichs bei dieser Linie 4 Millionen. Aber der eigene Generaldirektor des Lloyd hat ja erklärt, man müsse den diesjährigen Rückgang nicht tragisch nehmen. Die Erde ist die Erde. — Natürlich kommt aber die Erde nur in Millionen zugute. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Vorlage muß als sozialpolitisch beurteilt werden. Die Arbeiter, die in den Schiffe aufgetragen sind, wollen auf die Arbeiter in Neu-Guinea vorzuziehen sein. In Wahrheit sind da nur 40 deutsche Arbeiter. Man sollte die Vorlage ungeschminkt Gelegenheitsarbeitern in Neu-Guinea anempfehlen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Die Vorlage bedeutet, die Transportkosten für die billigen Malaien auf 2/3 zu erhöhen. Lediglich im Interesse der Plantagenbesitzer. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso bemüht man sich für den Reichsbau in Neu-Guinea nach den Schutzgeboten zu bekommen. — Würden wir nicht die prinzipiellen Gründe gegen die Vorlage stimmen müssen, so hätten wir es aus finanziellen um. Aber mit aller Entschiedenheit haben wir uns dagegen, daß es national sein soll, für die deutschen Arbeiter billige Arbeit zu verschaffen. (Zwischenruf: Was ist das?)

Herr Noke (soz.) stimmt dem Vordränger in Bezug auf die Verwendung farbiger zu und verlangt, daß man den Seemannsverband Koalitionsrecht nicht verweigere, das allerdings an Bord zu ruhen ist. Anstatt des d. r. wirtlichen Finanzlage sei die Förderung nicht erlaubt. Wir lehnen die Vorlage nicht grundsätzlich ab, erwarten aber entsprechende Aufklärungen in der Kommission. (Zwischenruf: bei der wirtlichen.)

Herr Dirken (rechts): Die Vorlage ist im Interesse der Entwicklung des Schutzgebietes Neu-Guinea notwendig. Somit müssen wir in Zeiten der Finanznot für eine aufblühende Kolonie übrig sein. (Zwischenruf: Was ist das?)

Herr Gernann (freif. Volksp.) behauptet gegenüber dem Abgeordneten Dirken, daß die Einweisung farbiger auf den Schiffen auf dem Mangel an Arbeitskräften beruhe, auch können die farbigen die hohen Temperaturen besser ertragen.

Herr Noke (soz.): Herr Gernann meint u. a., die Arbeiter würden ja nicht zum Reich zu gehen, wenn ihnen die vorgelegten Löhne nicht passen. Diesen Unternehmerhandpunkt kennen wir, aber wir tun es immer für nötig gehalten, auf unseren Wahlprüfstein diesen Handpunkt zu werfen. Wir wünschen ihnen alles Gute, aber das ist nicht unser Beruf. Wir wünschen ihnen alles Gute, aber das ist nicht unser Beruf. Wir wünschen ihnen alles Gute, aber das ist nicht unser Beruf. (Zustimmung bei den Soz.)

Herr Noke (soz.) behauptet gegenüber dem Abgeordneten Dirken, daß die Einweisung farbiger auf den Schiffen auf dem Mangel an Arbeitskräften beruhe, auch können die farbigen die hohen Temperaturen besser ertragen.

Herr Noke (soz.): Herr Gernann meint u. a., die Arbeiter würden ja nicht zum Reich zu gehen, wenn ihnen die vorgelegten Löhne nicht passen. Diesen Unternehmerhandpunkt kennen wir, aber wir tun es immer für nötig gehalten, auf unseren Wahlprüfstein diesen Handpunkt zu werfen. Wir wünschen ihnen alles Gute, aber das ist nicht unser Beruf. Wir wünschen ihnen alles Gute, aber das ist nicht unser Beruf. (Zustimmung bei den Soz.)

Herr Noke (soz.) behauptet gegenüber dem Abgeordneten Dirken, daß die Einweisung farbiger auf den Schiffen auf dem Mangel an Arbeitskräften beruhe, auch können die farbigen die hohen Temperaturen besser ertragen.

Parteiangelegenheiten.

Socialdemokratische Parteiführer.

Aus Baden wird berichtet: Unter den 65 Kandidaten, die unsere Partei bis jetzt zu den Wahlen d. N. statfindenden Landtagswahlen aufgestellt hat, befinden sich auch vier praktisch tätige Land-

wirte. Das weiße Interesse scheint davon unter Kandidat in Kreis Waldshut-Baden, der Kandidat in Kreis Sigmaringen, zu finden. Ein nationalliberales Blatt, der Abwehr in Waldshut, lenkte dieser Tage die Aufmerksamkeit seiner Partei auf das Verhalten der badischen Sozialdemokratie, wobei Eingang in Baden zu finden, und bezeichnete dabei: Anselm Stadler als einen ebenso überzeugten wie kenntnisreichen Anhänger der Sozialdemokratie, einen „erzürten ruhigen Mann“, einen „Bauer von edlem Charakter und Mann“, einen „Befürworter von ethischer Sicherheit und Gemächtheit“, der ohne Zweifel „Aussicht auf eine gemächliche Stimmzahl habe“. Dem wer nicht mit Blindheit geschlagen sei, müsse die Frage, ob die sozialdemokratische Bauernorganisation Erfolg haben werde, mit einem klaren Ja! beantworten.

Die badische Sozialdemokratie ist bei der Aufstellung ihrer Parteiführer zum nächsten Landtag formalistisch vorgegangen. Anselm Stadler hat sie noch die Landwirte Schmäy in Donauwünther, Bauer in Rühlheim und Besthof in Mannheim-Land aufgestellt.

Die Berliner Arbeiterbildungsschule

versendet soeben den Bericht über das vom 1. April 1907 bis 30. September 1908 laufende 17. Geschäftsjahr. Die Mitgliederzahl stieg von 1705 (114 Damen, 1591 Herren) im Durchschnitt des vorigen Geschäftsjahres auf 2020 (129 Damen, 1891 Herren). Die Ursache dieser nur geringen Zunahme ist vor allem in der durch die Landtagswahlarbeit notwendig gewordenen Einschränkung der Kurse zu suchen. Doch wird sich die Arbeiterbildungsschule durch die gelungeneren Vorlesungen, die zum Teil in drücklichen Schwerküsten, zum Teil in der allgemeinen Krise begründet sind, nicht entmutigen lassen; es ist auch schon die Gründung zweier neuen Filialen in Völklingen und Nimmelsburg ins Auge gefaßt worden.

In den sechs Berichtsquartalen wurden von folgenden Dozenten Vorlesungen gehalten: Brunwald (Nationalökonomie, Rednerische), Wahrenbroder (Geschichte), Kapfenstein (Gesetzgebung, Soziale Bewegung), Julian Vorchardi (Nationalökonomie, Rednerische), Heinrich Schulz (Geschichte), Kretzschmar (Literaturgeschichte), Werge (Naturerkenntnis), Dr. Rosenfeld (Soziale Bewegung), Regina Hüben (Literaturgeschichte), Dr. Conrad (Geschichte), Wurm (Naturerkenntnis). Die Zahl der Hörer der einzelnen Kurse war naturgemäß sehr verschieden: sie schwankt zwischen 14 und 351.

Zur Charakterisierung der Mitglieder sei folgendes bemerkt: Von den Mitgliedern waren 40 nur politisch, 534 nur gewerkschaftlich und 1078 nach beiden Richtungen organisiert, während von 374 keine Angaben vorliegen. Ueber das Alter der Mitglieder wurde folgendes festgestellt: bis 20 Jahre waren 148 Mitglieder alt, 20 bis 30 Jahre 1162, 30 bis 40 Jahre 316, 40 bis 50 Jahre 56, 50 bis 60 Jahre 8, 60 bis 70 Jahre 1 und über 70 Jahre auch 1. 1840 Mitglieder haben Angaben über ihren Beruf gemacht. Die hauptsächlich vertretenen Berufsgruppen waren: Metallarbeiter 398, Holzarbeiter 150, Maler 118, Arbeiter 84, Buchdrucker 78, Schneider 70, Handlungsgeschäft 56 usw.

Erwähnt sei noch, daß die Schule auch eine Bibliothek von insgesamt 1900 Bänden besitzt, auf die im Berichtsjahre 3205 Entlehnungen kamen. Am meisten wurden gelesen Werke literarischen Inhalts (1273 Entlehnungen) und die nationalökonomischen Inhalts (688 Entlehnungen). Neben ihren wissenschaftlichen hat die Arbeiterbildungsschule auch mehrere künstlerische Veranstaltungen gegeben; so fand ein Singschul- und ein Schumann-Abend statt sowie ein Stiftungsfest mit künstlerischen Darbietungen. Dem Zusammenhalt der Mitglieder und Lehrer dienen ferner eine Anzahl Ausflüge in die Umgebung Berlins, die sich einer regen Beteiligung erfreuten.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Sturm der Unternehmer gegen die Gewerbeordnungsnovelle und gegen den Ausbau der Arbeiterversicherung.

Nach mehrjährigem völligen Stillstand in der Arbeiterversicherungsgesetzgebung ist dem Reichstag endlich ein Gesetzesentwurf vorgelegt, der einige wichtige Verbesserungen der Gewerbeordnung enthält; der aber immer nur wieder ein Mittelwert ist, wie alle die Abänderungen, die vor vielen Jahren vorgenommen wurden. Die Unternehmer aller Schattierungen hegen und schützen schon seit Monaten, daß selbst diese völlig ungenügenden Bestimmungen nicht Gesetz werden. Für sie gilt nur der Profit; Leben und Gesundheit der Arbeiter ist ihnen Nebensache. Während sie die Gesetzgebung dazu benutzen, sich auf Kosten der Arbeiter große Vorteile zu verschaffen, geht ihr Bestreben auch noch dahin, daß Gesetze, die für den Schutz der Arbeiter bestimmt sind, nicht zustande kommen.

Arbeiter und Arbeiterinnen und Angestellte!

Wer ernstlich gewillt ist,

daß ein einheitliches Arbeiterrecht geschaffen werden soll;

daß die Sicherung des Lohnes herbeigeführt werden soll;

daß das raffiniert ausgebaute Prämien- oder Lohntienensystem beseitigt werden soll;

daß die Arbeiter und Angestellten bei der Festsetzung der Arbeitsordnung ein Mitbestimmungsrecht haben sollen;

daß die Konkurrenzklausein beseitigt werden sollen;

daß die Sonntagsruhe ausgedehnt und auch für die ein Rufetage eingeführt wird, die jetzt Sonntags arbeiten müssen;

daß die jugendlichen Arbeiter geschützt werden sollen;

daß allgemein der Meinstundentag als Uebergang zum Achtstundentag eingeführt werden soll;

daß der Arbeiterschutz auch auf die Heimarbeiter ausgedehnt wird;

daß die Arbeiterversicherung ausgebaut wird;

wer endlich ernstlich will, daß das Koalitionsrecht sichergestellt wird, der muß für diese Forderungen seine Stimme erheben.

Arbeiter und Arbeiterinnen und Angestellte in den Werkstätten, Fabriken, Häftischen und Staatsbetrieben, der Eisenbahn und dem Transportgewerbe! Stimmt in gemäßigten Massen herbei und macht eure Rechte geltend! Wasset ein für Menschlichkeit; für Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter.

Wenn den Schachmachern, den Hegemonisten des Unternehmertums, den Feinden jedweden Arbeiterkampfes entschieden entgegenzutreten werden soll; wenn verhindert werden soll, daß die bürgerlichen Parteien des Reichstages die Beratungen der Gewerbeordnungsnovelle verschleppen, dann muß energisch dagegen protestiert werden!

Der Protest wird nur dann gehört werden, wenn sich Mann für Mann in den Versammlungen einfindet, um dort laut die Stimme zu erheben.

Arbeiter und Arbeiterinnen und Angestellte!

Darum auf in die Versammlungen!

Schützt eure heiligsten Güter; euer Leben und eure Gesundheit!

Am Freitag den 29. Januar finden Versammlungen in der Reichshalle, im Krystalpalast, in der Wärschhalle, im Deutschen Haus in Potschappel und in der Galdner Arzene in Klein-Bischowitz, am Sonnabend im Gasthof zu Gittersee statt.

Kofalek,

Sechner und Buchhändler!

Die Firma Gebr. Rudolf, Augsburgers Straße, sucht in den

Neuesten Nachrichten Zeilner und Aufschnider. Wir machen aufmerksam, daß genannte Firma die Verbenster hinausgeworfen hat und nun Arbeitswillige herein zu bekommen sucht. Also, wenn jeder den Betrieb.

Die Ortsverwaltung des Glasarbeiterverbandes.

Inland

Unternehmer-Terrorismus.

Kochschende, aus der letzten Zeit kommende Verurteilung des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustriellen ist von uns wieder veröffentlicht:

1 pro 1000. (01/1005)

Gesamterverband Deutscher Metallindustriellen, Journ.-Nr. 126/7.

Bei der Firma

E. Niders u. S. Draht in Weidorf

sind die in der Anlage bezeichneten Tische usw. in den Betrieb getreten.

Wir bitten, diese sowie alle von genannter Firma kommenden Arbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen.

Gleichzeitig bitten wir Sie, davon Kenntnis zu nehmen, daß sich unser Rundschreiben Nr. 64 vom 4. April 1908 erledigt.

Gesamterverband Deutscher Metallindustriellen.

Die diesen Rundschreiben beigelegte Anlage enthält die Namen, Geburtsstage und Orte der streikenden Arbeiter.

Es werden hierdurch 21 Tischler, 1 Drechsler, 1 Bildhauer, 9 Maschinenarbeiter und 1 Arbeiter an anderweitiger freiwilliger Arbeit gehindert.

2 8 und 4

(225 u. 231.08, 213.08)

Gesamterverband Deutscher Metallindustriellen.

Journ.-Nr. 39.

Bei der Firma

Rheinische Glasbläser-Gesellschaft in Köln-Ghrenfeld

haben die Arbeiter Lohnforderungen erhoben, die nicht bewilligt werden konnten.

Wir bitten, alle Arbeiter der genannten Firma bis auf weiteres nicht einzustellen.

Gesamterverband Deutscher Metallindustriellen.

Journ.-Nr. 39.

Bei der Firma

Weggenhensend auf unser Rundschreiben Nr. 213 vom 16. November 1908, betreffend die Bewegung beider Firmen Otto Propp in Rehd, teilen wir Ihnen mit, daß nur noch die in der Anlage unter 1 aufgeführten Arbeiter als ausständig zu betrachten sind.

Die Gewerkschaftspresse hat die Sperte über die genannte Firma verhängt und es werden auch diejenigen Werke, die von dem genannten Betriebe auf übernehmen, mit Streik bedroht. Es haben die Arbeiter der Rheinischen Bergbau- und Hüttenwerke L.-G. (Niederhessische Hütte zu Duisburg) sich geweigert, Robelle der Firma Propp zu gehen. Die genannte Hütte ist deshalb veranlaßt, den in der Anlage unter 2 aufgeführten Arbeiter zu kündigen.

Wir bitten Sie deshalb, die in der Anlage aufgeführten Arbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen.

Gesamterverband Deutscher Metallindustriellen.

Journ.-Nr. 39.

Bei der Firma

Weggenhensend auf unser Rundschreiben Nr. 213 vom 16. November 1908, betreffend die Bewegung beider Firmen Otto Propp in Rehd, teilen wir Ihnen mit, daß nur noch die in der Anlage unter 1 aufgeführten Arbeiter als ausständig zu betrachten sind.

Die Gewerkschaftspresse hat die Sperte über die genannte Firma verhängt und es werden auch diejenigen Werke, die von dem genannten Betriebe auf übernehmen, mit Streik bedroht. Es haben die Arbeiter der Rheinischen Bergbau- und Hüttenwerke L.-G. (Niederhessische Hütte zu Duisburg) sich geweigert, Robelle der Firma Propp zu gehen. Die genannte Hütte ist deshalb veranlaßt, den in der Anlage unter 2 aufgeführten Arbeiter zu kündigen.

Wir bitten Sie deshalb, die in der Anlage aufgeführten Arbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen.

Gesamterverband Deutscher Metallindustriellen.

Journ.-Nr. 39.

Bei der Firma

Weggenhensend auf unser Rundschreiben Nr. 213 vom 16. November 1908, betreffend die Bewegung beider Firmen Otto Propp in Rehd, teilen wir Ihnen mit, daß nur noch die in der Anlage unter 1 aufgeführten Arbeiter als ausständig zu betrachten sind.

Die Gewerkschaftspresse hat die Sperte über die genannte Firma verhängt und es werden auch diejenigen Werke, die von dem genannten Betriebe auf übernehmen, mit Streik bedroht. Es haben die Arbeiter der Rheinischen Bergbau- und Hüttenwerke L.-G. (Niederhessische Hütte zu Duisburg) sich geweigert, Robelle der Firma Propp zu gehen. Die genannte Hütte ist deshalb veranlaßt, den in der Anlage unter 2 aufgeführten Arbeiter zu kündigen.

Wir bitten Sie deshalb, die in der Anlage aufgeführten Arbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen.

Gesamterverband Deutscher Metallindustriellen.

Journ.-Nr. 39.

Bei der Firma

Weggenhensend auf unser Rundschreiben Nr. 213 vom 16. November 1908, betreffend die Bewegung beider Firmen Otto Propp in Rehd, teilen wir Ihnen mit, daß nur noch die in der Anlage unter 1 aufgeführten Arbeiter als ausständig zu betrachten sind.

Die Gewerkschaftspresse hat die Sperte über die genannte Firma verhängt und es werden auch diejenigen Werke, die von dem genannten Betriebe auf übernehmen, mit Streik bedroht. Es haben die Arbeiter der Rheinischen Bergbau- und Hüttenwerke L.-G. (Niederhessische Hütte zu Duisburg) sich geweigert, Robelle der Firma Propp zu gehen. Die genannte Hütte ist deshalb veranlaßt, den in der Anlage unter 2 aufgeführten Arbeiter zu kündigen.

Wir bitten Sie deshalb, die in der Anlage aufgeführten Arbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen.

Gesamterverband Deutscher Metallindustriellen.

Journ.-Nr. 39.

Bei der Firma

Weggenhensend auf unser Rundschreiben Nr. 213 vom 16. November 1908, betreffend die Bewegung beider Firmen Otto Propp in Rehd, teilen wir Ihnen mit, daß nur noch die in der Anlage unter 1 aufgeführten Arbeiter als ausständig zu betrachten sind.

Die Gewerkschaftspresse hat die Sperte über die genannte Firma verhängt und es werden auch diejenigen Werke, die von dem genannten Betriebe auf übernehmen, mit Streik bedroht. Es haben die Arbeiter der Rheinischen Bergbau- und Hüttenwerke L.-G. (Niederhessische Hütte zu Duisburg) sich geweigert, Robelle der Firma Propp zu gehen. Die genannte Hütte ist deshalb veranlaßt, den in der Anlage unter 2 aufgeführten Arbeiter zu kündigen.

Wir bitten Sie deshalb, die in der Anlage aufgeführten Arbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen.

Gesamterverband Deutscher Metallindustriellen.

Journ.-Nr. 39.

Bei der Firma

Weggenhensend auf unser Rundschreiben Nr. 213 vom 16. November 1908, betreffend die Bewegung beider Firmen Otto Propp in Rehd, teilen wir Ihnen mit, daß nur noch die in der Anlage unter 1 aufgeführten Arbeiter als ausständig zu betrachten sind.

Die Gewerkschaftspresse hat die Sperte über die genannte Firma verhängt und es werden auch diejenigen Werke, die von dem genannten Betriebe auf übernehmen, mit Streik bedroht. Es haben die Arbeiter der Rheinischen Bergbau- und Hüttenwerke L.-G. (Niederhessische Hütte zu Duisburg) sich geweigert, Robelle der Firma Propp zu gehen. Die genannte Hütte ist deshalb veranlaßt, den in der Anlage unter 2 aufgeführten Arbeiter zu kündigen.

Wir bitten Sie deshalb, die in der Anlage aufgeführten Arbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen.

Gesamterverband Deutscher Metallindustriellen.

Journ.-Nr. 39.

Bei der Firma

Weggenhensend auf unser Rundschreiben Nr. 213 vom 16. November 1908, betreffend die Bewegung beider Firmen Otto Propp in Rehd, teilen wir Ihnen mit, daß nur noch die in der Anlage unter 1 aufgeführten Arbeiter als ausständig zu betrachten sind.

Die Gewerkschaftspresse hat die Sperte über die genannte Firma verhängt und es werden auch diejenigen Werke, die von dem genannten Betriebe auf übernehmen, mit Streik bedroht. Es haben die Arbeiter der Rheinischen Bergbau- und Hüttenwerke L.-G. (Niederhessische Hütte zu Duisburg) sich geweigert, Robelle der Firma Propp zu gehen. Die genannte Hütte ist deshalb veranlaßt, den in der Anlage unter 2 aufgeführten Arbeiter zu kündigen.

Wir bitten Sie deshalb, die in der Anlage aufgeführten Arbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen.

Gesamterverband Deutscher Metallindustriellen.

Journ.-Nr. 39.

Bei der Firma

Weggenhensend auf unser Rundschreiben Nr. 213 vom 16. November 1908, betreffend die Bewegung beider Firmen Otto Propp in Rehd, teilen wir Ihnen mit, daß nur noch die in der Anlage unter 1 aufgeführten Arbeiter als ausständig zu betrachten sind.

Die Gewerkschaftspresse hat die Sperte über die genannte Firma verhängt und es werden auch diejenigen Werke, die von dem genannten Betriebe auf übernehmen, mit Streik bedroht. Es haben die Arbeiter der Rheinischen Bergbau- und Hüttenwerke L.-G. (Niederhessische Hütte zu Duisburg) sich geweigert, Robelle der Firma Propp zu gehen. Die genannte Hütte ist deshalb veranlaßt, den in der Anlage unter 2 aufgeführten Arbeiter zu kündigen.

Wir bitten Sie deshalb, die in der Anlage aufgeführten Arbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen.

Gesamterverband Deutscher Metallindustriellen.

Journ.-Nr. 39.

Bei der Firma

Weggenhensend auf unser Rundschreiben Nr. 213 vom 16. November 1908, betreffend die Bewegung beider Firmen Otto Propp in Rehd, teilen wir Ihnen mit, daß nur noch die in der Anlage unter 1 aufgeführten Arbeiter als ausständig zu betrachten sind.

Die Gewerkschaftspresse hat die Sperte über die genannte Firma verhängt und es werden auch diejenigen Werke, die von dem genannten Betriebe auf übernehmen, mit Streik bedroht. Es haben die Arbeiter der Rheinischen Bergbau- und Hüttenwerke L.-G. (Niederhessische Hütte zu Duisburg) sich geweigert, Robelle der Firma Propp zu gehen. Die genannte Hütte ist deshalb veranlaßt, den in der Anlage unter 2 aufgeführten Arbeiter zu kündigen.

